Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 33.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 4—6 Uhr.
(Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich)

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Ins.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 22,
Louis Lösche, Katharinenstraße 18, p.
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 16,950.
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk.,
incl. Bringerlohn 5 Mk.,
durch die Post bezogen 6 Mk.
Jede einzelne Nummer 25 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
ohne Postbeförderung 39 Mk.
mit Postbeförderung 48 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß.
Tabellarischer Satz nach höherem Tarif.

Reclamen unter dem Redactionsstrich
die Spaltzeile 50 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 223. Donnerstag den 11. August 1881. 75. Jahrgang.

Amtlicher Theil.

Der am 18. vorigen Monats verstorbene Herr Geheime Kommerrath Wilhelm Theodor Seyfferth hat in Seinem letzten Willen das städtische Krankenhaus zu St. Jacob mit einem Legate von 15,000 Mark und den Thomanercher mit einem solchen von 3000 Mark bedacht, außerdem aber verfügt: **„als Vermächtniß an meine liebe Vaterstadt und deren Bewohner soll der Rath der Stadt Leipzig aus meinem Nachlasse den Johanna-Park, Folium 1797 des Grund- und Hypothekenbuchs für die Stadt Leipzig, erhalten, mit der Bedingung jedoch, daß dieses Grundstück für immer der Bebauung entzogen bleibt und seinen jetzigen Namen behält.“**

Nachdem wir bez. unter Zustimmung der Herren Stadtverordneten beschlossen haben, diese Vermächtnisse anzunehmen, bringen wir dies hiermit zur öffentlichen Kenntniß; wir fühlen uns aber gedrungen, hierbei dem Verstorbenen den innigsten und wärmsten Dank nachzurufen und ausdrücklich zu bekennen, daß wir das reiche Vermächtniß Seinem Sinne und Seinem Willen gemäß bewahren und verwalten werden.

Der Verstorbene gehört zu den Männern, welche mit weitem Blick und thatkräftigem Unternehmungsgeiste Leipzig in seiner Entwickelung wesentlich gefördert haben; Sein Name wird deshalb in der Geschichte unserer Stadt fortleben. Das wahrhaft großartige Geschenk der Parkanlage, durch welche der Verstorbene nach Seinen eigenen Worten nicht nur den Namen Seiner verstorbenen Tochter, sondern auch die vorherrschende Richtung ihres Charakters: „Anderen Freude zu machen“, verewigen wollte, wird zugleich Seinen eigenen hohen Gemeinsinn, Seine echte Liberalität verewigen und Ihm ein dankbares Gedächtniß sichern für alle Zeiten. Ehre Seinem Andenken!

Leipzig, am 9. August 1881.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Tröndlin. Dr. Wangemann.

Bekanntmachung.

Das 6. Stück des diesjährigen Gesetz- und Verordnungsblattes für das Königreich Sachsen ist bei uns eingegangen und wird **bis zum 27. dieses Monats** auf dem Rathhaussaale zur Einsichtnahme öffentlich aushängen.

Dasselbe enthält:

Nr. 29. Verordnung, die Publication der Instruction für die Wachen in Hinsicht der von ihnen vorzunehmenden Verhaftungen und vorläufigen Festnahmen vom 29. Januar 1881 betreffend; vom 14. Juni 1881.

Nr. 30. Verordnung, die Expropriation von Grundeigenthum für Unterführung des sogenannten Schildenwegs zu Radebeul unter der Leipzig-Dresdner Eisenbahn und für Verbreiterung des Bahndammes daselbst betreffend; vom 1. Juli 1881.

Nr. 31. Bekanntmachung, den Wahlcommissar für den 43. Wahlkreis des platten Landes betreffend; vom 7. Juli 1881.

Nr. 32. Verordnung, die Errichtung eines Eisenbahnrathes betreffend; vom 9. Juli 1881.

Nr. 33. Verordnung, die weitere Ausführung des Gesetzes über die Besteuerung des Gewerbebetriebs im Umherziehen vom 1. Juli 1878 betreffend; vom 6. Juli 1881.

Nr. 34. Bekanntmachung, den Wahlcommissar für den 45. Wahlkreis des platten Landes betreffend; vom 11. Juli 1881.

Nr. 35. Bekanntmachung, den Wahlcommissar für den 34. Wahlkreis des platten Landes betreffend; vom 14. Juli 1881.

Nr. 36. Bekanntmachung, die Richtungslinie der Hainsberg-Schmiedeberger Staatseisenbahn betreffend; vom 21. Juli 1881.

Nr. 37. Kirchengesetz, die Vollziehung der von den Kirchenvorständen der evangelisch-lutherischen Kirche auszustellenden Urkunden betreffend; vom 20. Juli 1881.

Nr. 38. Verordnung, die von den Kirchenvorständen nach Maßgabe der §§. 2 und 3 des Kirchengesetzes vom 20. Juni 1881 auszustellenden Urkunden und die Legitimation der Kirchenvorstände betreffend; vom 22. Juli 1881.

Nr. 39. Verordnung, zu Ausführung des Kirchengesetzes vom 20. Juni 1881, die Vollziehung der von den Kirchenvorständen der evangelisch-lutherischen Kirche auszustellenden Urkunden betreffend; vom 26. Juli 1881.

Nr. 40. Bekanntmachung, die Ausgabe einer VII. Serie von auf den Inhaber lautenden Pfandbriefen der Allgemeinen Deutschen Creditanstalt zu Leipzig betreffend; vom 22. Juli 1881.

Leipzig, den 10. August 1881.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Tröndlin. Cerutti.

Auction.

Von dem unterzeichneten Armenamte sollen im Stadthause allhier (Eingang Mühlgasse Nr. 7)

Montag, den 15. August a. c., Vorm. 9 Uhr,

verschiedene Nachlaßgegenstände, als: Möbel, Haus- und Küchengeräthe, **Betten**, einige Wäsche, 2 silberne Taschenuhren u. s. w. meistbietend gegen sofortige Baarzahlung versteigert werden.

Leipzig, den 9. August 1881.

Das Armenamt.
Winter. Jungbühnel.

Nichtamtlicher Theil.

Leipzig, 11. August.

Die wichtigste Tagesnachricht aus dem Gebiete der inneren Politik ist die Demission des Oberpräsidenten der Provinz Hessen-Nassau, Freiherrn von Ende. Da dieser hohe Beamte noch um einen Monat jünger ist, als Fürst Bismarck und sich anscheinend einer bewundernswerthen körperlichen und geistigen Rüstigkeit erfreut, so wird es den Officiösen schwer werden, das Entlassungsgesuch mit den bekannten Alters- und Gesundheitsrücksichten zu begründen. Die Genehmigung des Gesuches scheint denn auch ohne weiteres erfolgt zu sein, und nach einer Woche wird Herr von Ende factisch den Staatsgeschäften Lebewohl sagen, zuerst in der Form eines Urlaubes, vom 1. October ab endgültig. Mit den Wahlen wird er also bereits nichts mehr zu thun haben, und hier berühren wir wohl den Punct, von dem aus man eine Aufklärung der Demission versuchen kann.

Daß man noch vor einem halben Jahre durchaus nicht an den Rücktritt des Herrn von Ende dachte, wird durch die uns von völlig glaubwürdiger Seite verbürgte Mittheilung bewiesen, daß damals seine Uebersiedelung nach Magdeburg zur Uebernahme der Stelle des Herrn von Patow beschlossene Sache war, die erst rückgängig gemacht wurde, als zunächst von den hochconservativen Elementen des sächsischen Provinziallandtags, dann aber auch aus anderen Kreisen Vorstellungen in Berlin erhoben wurden. Herr von Ende galt nun einmal nicht für conservativ genug und vielleicht haben seine Abstimmungen in der letzten Session des Reichstags, wo er den Wahlkreis Marburg als Mitglied der freiconservativen Partei vertrat, dem Fürsten Bismarck auch die Ueberzeugung beigebracht, daß er nicht gouvernemental genug sei. Seit dem Fehlschlage des Magdeburger Plans wurde in der conservativen Presse von Zeit zu Zeit die Kasseler Vacanz als nahe bevorstehend bezeichnet, und wenn ein lahmes officiöses Dementi erfolgte, so bewies es eben nur, daß man an maßgebender Stelle mit dem Rücktritt des Herrn v. Ende bereits rechnete.

Wer sein Nachfolger werden soll, steht noch dahin. In gewissen Kreisen ist der Wunsch vorhanden, Herrn Achenbach, der früher einmal geäußert, er möchte gern eine Stelle in seinem heimathlichen Westen haben, diesmal beim Wort zu nehmen und nach Kassel zu versetzen, um den wichtigen Posten in Potsdam, der auch das Oberpräsidium über die vom Provinzialverbande jetzt eximirte Stadt Berlin in sich begreift, für einen hochconservativen Beamten frei zu machen. Aber Herr Achenbach will sich gegenwärtig des früher geäußerten Wunsches absolut nicht mehr erinnern und hält mit einer merkwürdigen Hartnäckigkeit an der Ueberzeugung fest, daß der Wechsel ihm keinen Vortheil bringe. Da man ihn nun nicht gut zwangsweise versetzen kann, so wird man sich genöthigt sehen, für Kassel auf einen anderen Candidaten zu recurriren. Vielleicht ist es nicht ganz überflüssig, hier noch zu erwähnen, daß der Kasseler Landrath Herr Weyrauch, Mitglied des preußischen Abgeordnetenhauses, zu den Conservativen der allerstrammsten Sorte gehört.

Zur Sache schreibt man uns aus Kassel vom 9. August: Die im Laufe dieses Sommers aufgetauchten zahlreichen Nachrichten von dem bevorstehenden Rücktritte des Oberpräsidenten der Provinz Hessen-Nassau, Freiherrn von Ende, haben sich nun doch als richtig erwiesen. Herr von Ende theilte gestern Abend seinem Beamtenpersonale mit, daß er bei Sr. Majestät dem Kaiser um seine Pensionirung nachgesucht habe und daß gestern früh die deßfallsige Entschließung des Monarchen, welche ihn vom 1. October d. J. ab mit Pension in den Ruhestand versetzt, bei ihm eingetroffen sei. Er ermächtigte dabei die Beamten, von dieser seiner Mittheilung beliebigen Gebrauch zu machen. Außerdem ist Herrn von Ende vom 15. d. M. ab Urlaub ertheilt worden, so daß er also bereits Anfangs nächster Woche seinen Posten für immer verläßt. Er siedelt mit seiner Familie nach Dresden über. Ein Nachfolger ist noch nicht bestellt, vielmehr werden, wie schon bestimmt ist, die Geschäfte, da auch der Regierungspräsident, Herr v. Brauchitsch, auf längere Zeit beurlaubt ist, von einem Ministerialbeamten, der in den ersten Tagen daher eintrifft, stellvertretend bis auf Weiteres besorgt werden. Eine definitive Neubesetzung des vacanten Postens, der auch nach dem Abgange des vorletzten Oberpräsidenten längere Zeit erledigt war, dürfte gutem Verlehmen nach kaum noch in diesem Jahre erfolgen. Was den Rücktritt des Herrn v. Ende selbst betrifft, so wird derselbe mit Recht hier allgemein beklagt und zwar von Anhängern aller Parteien. Der Genannte war ein durchaus gerechter, intelligenter und wohlwollender Beamter, der sich um unsere Provinz und besonders auch um unsere Stadt große Verdienste erworben hat und dem der aufrichtige Dank der gesammten Bevölkerung gebührt. Daß ein gewisser hiesiger Preßfaiseur den verdienten Mann in der auswärtigen Presse — so z. B. in der „Magdeb. Zeitung“ — stereotyp zu verunglimpfen suchte, hier aber die Maske des loyalen Bürgers vornahm, wird in Kassel unvergessen bleiben und, wie wir schon häufig hervorhoben, nur dazu beitragen, Herrn v. Ende's ehrendes Andenken zu einem um so dauernderen zu machen.

An dem Zustandekommen einer neuen Besetzung des Trierer Bischofsstuhls ist wohl nicht mehr zu zweifeln, und die Art, wie diese Besetzung zu Wege gebracht wurde, ist ebenso wie die Person des neuen Bischofs in hohem Grade geeignet, die schwersten Besorgnisse hervorzurufen. Vor wenigen Monaten noch, als die Zurückweisung des Herrn de Lorenzi erfolgte, konnte und mußte man der Meinung sein, die Regierung werde die unerläßlichsten Garantien nicht aus der Hand geben, daß neue Bischöfe und Bisthumsverweser ihr Amt in einer Weise führen werden, welche mit den Staatsgesetzen vereinbar wäre und einen Frieden zwischen Staat und Kirche nicht lediglich im Sinne der letzteren erhoffen ließe. Daß diese Hoffnung auch dem neuen Bischof gegenüber Bestand haben kann, davon wird die Regierung die Welt schwer zu überzeugen vermögen. Daß ein Lorenzi zurückgewiesen worden, wenn ein Korum für annehmbar befunden wurde, wird man sich nur aus einer Zunahme der um jeden Preis die Aussöhnung mit der Curie anstrebenden Richtung erklären können.

Man wird sich bei der Einsetzung eines solchen Mannes darauf gefaßt machen müssen, daß der Entschluß besteht, auch an die geltenden Kirchengesetze noch weiter Hand anzulegen. Es ist eben so wenig anzunehmen, daß der neue Bischof nach seiner Persönlichkeit und nach der gegenwärtig im ultramontanen Lager herrschenden Stimmung willens ist, sein Amt in Anerkennung der bestehenden Staatsgesetzgebung zu führen, wie es vorauszusetzen ist, daß die Regierung sich darüber einer Täuschung hingeben konnte oder im Sinne hätte, alsbald wieder das alte Spiel von gerichtlichen Strafen und Amtsentsetzung bei neuen Mißachtungen der Gesetze zu beginnen. Wir können, bis wir eines Besseren belehrt werden, in dieser Ernennung leider nur den Entschluß einer weiteren Revision der Maigesetzgebung erkennen.

Die „Germania“ knüpft an das Ereigniß die Bemerkung: „Die Beendigung des traurigen Conflicts ist nicht anders zu erreichen, als durch eine Revision der Maigesetze, welche der Kirche die Gewährung der staatlichen Forderungen möglich macht. Unsere Freude über die Ernennung des Bischofs von Trier würde erst vollkommen werden, wenn wir erführen, daß die Verhandlungen zwischen Rom und Berlin auch dahin geführt hätten, durch eine Aenderung der Gesetze dem neuen Bischof die Besetzung der erledigten Pfarreien und die sonstige Amtsführung zu ermöglichen.“ Das Centrumsblatt hat damit nur den Befürchtungen Ausdruck gegeben, die in liberalen Kreisen herrschen müssen. Die bevorstehende preußische Landtagssession wird die weiteren Consequenzen enthüllen, welche dieser neueste Schritt auf der Bahn des „kirchlichen Friedens“ mit sich bringen wird. Hier wird eine Aufgabe vorliegen, bei der sich die vielgespaltenen Meinungen unter den Liberalen zu einträchtigem Wirken zusammenfinden können und müssen. Die Grundlagen und wesentlichen Bestandtheile der Maigesetzgebung werden unter liberaler Zustimmung nicht angetastet werden.

Man schreibt uns aus Berlin: „Die zuerst von England aus angekündigten, dann in einer badischen Correspondenz der „Germania“ genauer festgestellten Gerüchte von einer Verleihung der Königswürde an den Großherzog von Baden werden hier mit geziemenden Zweifeln aufgenommen. Man giebt die Möglichkeit einer solchen Rangerhöhung zu, aber man will bei dem Charakter des Großherzogs nicht recht daran glauben. An sich wäre ja nichts dagegen einzuwenden, wenn das blühende und angesehene Großherzogthum, dessen Flächeninhalt das Königreich Sachsen, freilich nur um ein Geringes, übertrifft und mit seiner Bevölkerungszahl nur wenig hinter dem benachbarten, zum guten Theil stammverwandten Königreich Württemberg zurückbleibt, von nun an ebenfalls Königreich genannt würde, indessen der Fürst, der seit einem Vierteljahrhundert die Regierung des Landes führt, ist zu umsichtig, um nicht zu begreifen, daß innerhalb des Deutschen Reiches unter dem gemeinsamen Kaiser ein neues Königreich gar wenig Sinn und Bedeutung haben würde, und zu selbstbewußt, um nach einem leeren Titel zu streben. Die in Rede stehenden Gerüchte sind nichts als ein Nachklang aus jener Zeit, als die Frage ernstlich erwogen wurde, ob es nicht am besten sei, die neugewonnenen Reichslande in Elsaß-Lothringen mit dem nur durch den Rhein getrennten Großherzogthum Baden zu einem starken „Königreich Allemannien“ zu vereinigen.“

Die Mittheilung, daß die Behörden angewiesen seien, die Wahllisten für die Reichstagswahl bis zum 15. August fertig zu stellen, muß auf einem Irrthum beruhen. Vor einiger Zeit lief allerdings eine derartige, später aber widerrufene Mittheilung, daß in Westfalen die Aufstellung der Reichstagswahllisten angeordnet sei, durch die öffentlichen Blätter. Thatsächlich aber ist eine solche Anordnung noch nicht erfolgt. Dieselbe geht auch regelmäßig von der Centralstelle jedes Staates, in Preußen vom Ministerium des Innern aus. Auch das Formularpapier zu den Wahllisten wird den einzelnen Ausführungsbehörden zugestellt. Auch dies ist noch nirgendwo geschehen. Vor Aufstellung der Wahllisten müssen auch kleinere Orte zu Wahlbezirken zusammengelegt, größere in mehrere solche eingetheilt werden. Alles das erfordert selbst bei größter Beschleunigung einen Zeitraum von mindestens drei Wochen von der ministeriellen Anordnung der Wahlen gerechnet bis zur öffentlichen Auslegung der Wahllisten. Dazu kommt dann noch die vierwöchentliche Auslegungsfrist, so daß schon aus formellen Gründen die Wahlen jetzt überhaupt nicht eher als zu Anfang October ausgeschrieben werden können.

Zur auswärtigen Lage wird uns aus Berlin geschrieben: „Mit dem Verlauf der griechisch-türkischen Grenzregulirung ist man hier im Großen und Ganzen zufrieden. Wird auch die Abtretung der neuen Grenze nur langsam betrieben, und sind auch noch manche Weiterungen zu erwarten, so erkennt man doch die bona fides der Pforte an. Der fatalistische Zug der orientalischen Politik verleugnet sich hier so wenig wie bei den Krisen, welche die Gebietsabtretung an Montenegro durchgemacht: zuerst Ränke, Schliche und Hinterhältigkeiten ohne Zahl und Ende, dann, wenn die Erkenntniß von der Unabänderlichkeit des einmal Auferlegten durchgedrungen, willige und ergebene Ausführung der übernommenen Verpflichtungen. Auch wird man sich gerade jetzt, wo die muhamedanische Welt mit dem französischen Eroberungsdrang in Reibung gerath, in Konstantinopel davor hüten, nach zwei Fronten hin eine aggressive Stellung einzunehmen, nämlich gegen Frankreich und gegen die Mächte, auf welche sich Griechenland mit seinen Ansprüchen vorzugsweise stützt. Daß zu den letzteren auch Deutschland gehört, wissen die Pfortenstaatsmänner trotz der versöhnlichen und gewinnenden Weise des Grafen Hatzfeldt sehr wohl. Bei dem glatten Fortgang der Grenzregulirung ist die Rückkehr unseres neuen Staatssecretairs des Aeußern nach Konstantinopel, die nicht blos zur Ueberreichung des Abberufungsschreibens, sondern auch um der schwebenden Fragen willen erfolgen sollte, weniger dringlich als es noch vor einigen Wochen schien. Graf Hatzfeldt wird hiernach schwerlich vor dem Herbst sein jetziges Provisorium auch formell mit der endgültigen Uebernahme des Staatssecretariats vertauschen. Es bleiben damit zwei Fragen in der Schwebe, die für die äußere wie für die innere Politik von gleicher Wichtigkeit sind, einmal nämlich die der Nachfolgerschaft des Grafen Hatzfeldt auf dem Botschafterposten am Goldenen Horn, dann aber die Frage des Eintritts des Grafen in das preußische Staatsministerium. Wir hören bestimmt, daß ihm diese Erweiterung seiner amtlichen Functionen in derselben Weise zugedacht ist, wie es mit seinem mittelbaren Vorgänger, dem verstorbenen Herrn v. Bülow, der Fall war.“

Die Entwickelung der deutschen Seemacht wird in der dänischen Presse mit großer Aufmerksamkeit verfolgt. Die „Kopenhagener National-Tidende“ enthält vom 5. d. M. folgende Correspondenz aus Berlin, welche die neuesten Pläne sehr übersichtlich wiedergiebt:

Der deutsche Flottenverwaltungsplan geht bekanntlich darauf aus, der Flotte drei große Kriegshäfen zu schaffen, welche unangreifbar sowohl zu Wasser wie zu Lande sind, nämlich Danzig und Kiel an der Ostsee und Wilhelmshaven an der Nordsee. Von diesen ist Danzig am weitesten zurück. Wohl sind dort bereits große Werftanlagen mit der Bestimmung errichtet worden, Danzig zu einer Art Portsmouth zu machen, aber es bedarf nicht nur einer tieferen Einfahrt, sondern auch im Binnenhafen einer bedeutenden Erweiterung. Außerdem hat die Erfahrung gelehrt, daß weder das Fahrwasser, noch die Tiefe und Ausdehnung des Hafens zur Aufnahme einer Panzerflotte genügen. Danzigs Befestigung gegen die Landseite ist ja freilich in gutem Zustande, aber das kommt gegenüber den großartigen Projecten der Kriegsverwaltung nicht in Betracht. Man beabsichtigt nämlich im nordöstlichen Theile der Monarchie einen Waffenplatz zu schaffen, der bei einem unglücklichen Kriege und unter einer feindlichen Invasion einem großen Heere einen Stützpunct bieten kann, an welchem letzteres eine Stellung im Rücken des vorbeiziehenden Feindes zu nehmen vermag. In dieser Rücksicht sollten die Danziger Fortificationen gegen die Landseite erweitert und verstärkt werden, zunächst damit unter einer Belagerung seitens eines russischen Heeres der Hafen behufs der Verproviantirung der Stadt und zu Cooperationen längs der Küste, um das Belagerungsheer zu beunruhigen, offen gehalten werden kann. Bezüglich der Seevertheidigung ist Kiel besser vorbereitet, Friedrichsort ist eine ganze Festung und mit den besten Geschützen der neuesten Construction und des größten Kalibers ausgerüstet. Die Forts Holtenau und Stosch werden als wahre Waffenwerke betrachtet und die Küstenbatterien Möltenort sehr gerühmt. Dagegen mangelt es der Stadt vollständig an Fortificationen gegen die Landseite und die kaiserliche Order lautet dahin, daß damit schon im Laufe dieses Sommers allen Ernstes der Anfang gemacht werden soll. Da sowohl der Kriegsminister Kameke, wie der Marineminister Stosch unmittelbar dem Kaiser untergeben und unabhängig von den Befehlen und Gegenbefehlen des Reichskanzlers sind, so wird diese Sache sicherlich schneller gefördert werden als die Operationen des Finanzministers oder Handelsministers. Die Werke bei Wilhelmshaven am Jadebusen kämpfen mit verschiedenen Naturschwierigkeiten, deren die menschliche Kunst nicht Herr zu werden vermag. Das Fahrwasser ist ebenso sonnenhell wie lebensgefährlich, das Erdreich unzuverlässig und das Klima äußerst ungesund. Es kann weder Handel noch Industrie betrieben werden, denn nichts kann bürgerliche Leute zur Niederlassung anlocken. Wollte man Wilhelmshaven zu einem großen Waffenlager machen, so würde dasselbe eine Militärcolonie mit allen moralischen und physischen Gefahren einer solchen für die Soldaten werden. Dies hat man längst eingesehen und gleichwohl beabsichtigt man, das irgend Mögliche aus Wilhelmshaven zu machen, denn es ist der einzige Nordseehafen, der große, tiefgehende Panzerschiffe aufzunehmen im Stande ist. Aber die Aufmerksamkeit ist auch auf Elbhaven gerichtet. Nicht nur bei Cuxhaven, sondern auch bei Brunshausen, wo bereits ein Torpedo-Depot angelegt ist, sind in jüngster Zeit die sorgfältigsten Detailaufnahmen erfolgt.

Am Sonnabend ist die Session der belgischen Kammer geschlossen worden, eine der längsten, welche in Brüssel jemals getagt hat. Die wichtigsten Gegenstände, welche zur Erledigung gekommen sind, waren der endgültige Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit dem Vatican und die Reform des öffentlichen Unterrichts. Die Erweiterung des Stimmrechts, welche in den letzten Wochen zu den lebhaftesten Debatten Veranlassung gab, ist nur angeregt worden; sie wird aber nicht wieder von der Tagesordnung verschwinden und in der nächsten Zukunft ohne Zweifel die gesetzgebenden Factoren wiederum beschäftigen, bis den berechtigten Forderungen Derjenigen, welche bis jetzt vom Wahlrecht ausgeschlossen sind, Genüge geleistet ist.

In der Duodez-Republik Andorra ist endlich die Ordnung wieder hergestellt. Um die Ruhe auch in Zukunft zu sichern, hat man daselbst eine aus Eingebornen bestehende Miliz oder Gendarmerie errichtet, die auf mehreren Puncten des Ländchens in befestigten Gebäuden casernirt ist und den Befehlen der beiden Mitfürsten oder deren Vertreter, der Bigniers, untersteht. Von den Urhebern der letzten Unruhen wurden die beiden Hauptchefs der Revolte zu zehn Jahren und zehn andere Schuldige zu vier bis einem Jahre Gefängniß und außerdem zu starken Geldbußen verurtheilt. Außerdem wurde für immer die Errichtung eines öffentlichen Spielhauses untersagt.

Die Zustände in Irland sind noch immer höchst unerquicklicher Natur und die nunmehr gesicherte Annahme der Landbill scheint nicht die beruhigende Wirkung ausüben zu wollen, welche man von ihr erwartete. Die Regierung sieht sich noch immer veranlaßt, Verhaftungen in Gemäßheit des Zwangsgesetzes vorzunehmen und erst vorgestern wurden wieder vier hervorragende Mitglieder der Landliga in Nenagh ins Gefängniß gebracht. In verschiedenen Gegenden Irlands kam es vorige Woche gelegentlich einiger Exmissionsversuche zu kleinen Reibereien mit der Polizei, die in einem Falle damit endeten, daß ein Gerichtsvollzieher gezwungen wurde, die Exmissionsbefehle zu verschlingen und zu schwören, daß er sich nie wieder zum Handlanger der tyrannischen Gutsherren und Gerichtshöfe machen lassen wolle. In dem mit dem 30. Juni endenden Semester kamen im ersten Quartal 350 Exmissionen vor, wovon 1732 Personen betroffen wurden; im zweiten Quartal dagegen wurden 1065 Exmissionen vorgenommen, wovon 5226 Personen betroffen wurden — ein Beweis, daß die Klage der irischen Parlamentsmitglieder, daß die Grundbesitzer die Zeit vor der Annahme der Landvorlage zu einer Vermehrung der Exmissionen benutzen würden, nicht ganz unbegründet war. Die Regierung hat einen neuen Schritt zur Versöhnung der

SLUB
Wir führen Wissen.